

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0,20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgedruckte Kleinzeile 0,40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 30

Sonnabend, den 26. Juli 1924

28. Jahrgang

Schutzzölle für die Landwirtschaft?

Den Erzeugerpreisen in der deutschen Landwirtschaft geht es augenblicklich zweifellos nicht zum Besten. Ihre Glanzperiode im Einnehmen und im geldlichen Gesundmachen gehört der Vergangenheit an; die war in jener Zeit, wo die brutale Hungerblockade das deutsche Volk gemürbte und die Städter von Not und Hunger getrieben die Dörfer abstreiften und für mehr Geld wie gute Worte den Landwirten ihre Erzeugnisse abbettelten. Die Mehrzahl der Landwirte war unerfährlich und hart, sie ließen sich mit Silber, Gold, Waren und Papiergeld tatsächlich ausplündern. Mancher Landwirt sah in dem Getriebe der Not und des Hungers nur sich und seine Papiergeldtruhe und sein damaliges Verhalten hat sicher nicht dazu beigetragen, daß heute, wo es der Landwirtschaft tatsächlich schlecht geht, das nötige Verständnis dafür bei den Städtern sich restlos durchsetzt. Doch versuchen wir objektiv, ohne alten Groll, die Lage zu erfassen.

Erst längere Zeit nach Kriegsende setzte mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach und nach der normale Handel wieder ein. Die Landwirte wurden, allerdings erst in den letzten zwei bis drei Jahren, ebenfalls schärfer zur Steuer herangezogen, was ihnen natürlich nicht behagt, denn vorher haben sie im Vergleich zur Steuerleistung der Lohn- und Gehaltsempfänger so gut wie nichts bezahlt! Zwischen dem erzeugenden Landwirt und dem Konsumenten haben sich nun im Laufe der letzten Jahre noch mehr Zwischenhändler ein wie früher und die Folge ist, daß die Konsumenten wohl hohe Preise zahlen müssen, deren Höhe jedoch mit dem Erzeugerpreis an die Landwirte in keinem Verhältnis steht. Das Hauptgeschäft machen, im ganzen gesehen, die Aufkäufer und Händler, machen alle jene, die nach unserer sozialistischen wirtschaftlichen Auffassung unnütze Glieder sind und die durch ihre Einschlebung zwischen Erzeuger und Konsument die Waren nur verteuern. Nur ein ganz geringer Bruchteil der Marktpreise für Lebensmittel fließt in die Tasche des erzeugenden Landwirts, so daß oft nicht einmal die Selbstkosten für Aufzucht des Viehes, der Saat, Bestellung, Ernte und Arbeitslohn herauskommen. Die Lebensmittelpreise auf dem Markt geben tatsächlich den Städtern ein völlig falsches Bild, und er beachtet nicht das Mißverhältnis zwischen Erzeuger- und Marktpreis. Dazu nur einige Beispiele: Beim Roggenbrot vor dem Kriege betrug die Spanne zwischen beiden Preisen 70 v. H., heute dagegen 113 v. H. Beim Rindfleisch früher 117 v. H., heute 195 v. H. Beim Schweinefleisch früher 40 v. H., heute 126 v. H. Das sind natürlich ungeheure Zustände, die dauernd unhaltbar sind. An Steuern und Abgaben kommen für den Landbesitzer in Frage: Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Grundvermögenssteuer, Kreissteuer, Kirchensteuer, Rentenbankzinsen, Brotabgabe, Umsatzsteuer, Landlieferungsverband, Schulabgaben, Landwirtschaftskammern, Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Gemeindesteuern. Gewiß zahlt der Landwirt verhältnismäßig nicht mehr Steuern wie der Lohnarbeiter, dem wöchentlich 10 Prozent vom Lohn gekürzt werden und dem Landwirt geht es schließlich nicht schlechter wie der großen Masse der Arbeiter. Die Landwirte sind eigentlich erst aufgeschreckt worden, nachdem sie steuerlich schärfer an die Kandare genommen wurden, was höchstens auf die letzten 2 bis 3 Jahre zutrifft. Doch abgesehen davon muß zugegeben werden, daß die Landwirtschaft im Interesse der gesamten Volksernährung einer durchgreifenden Hilfe bedarf. Nur ist die Frage strittig, wie ihr geholfen werden soll.

Den älteren Kollegen wird noch in Erinnerung sein, wie im Jahre 1902 der berüchtigte Zolltarif die Erregung in der deutschen Arbeiterklasse hervorrief und wie im damaligen Reichstag unter Bergewaltung der Geschäftsordnung dieser Tarif zur Annahme gelangte. Die Agrarzölle stellten in ihm den wichtigsten Teil dar. Die Folge davon war: Steigerung der Lebenshaltungskosten des arbeitenden Volkes und eine beispiellose Liebesgabenpolitik an die Junker und Großagrarien! Kriegszeit und Nachkriegszeit haben mit dieser Politik zwangsläufig aufgeräumt. Nun hat die jetzige Regierung Marx-Kanitz in aller Stille und Eile neue Agrarzölle nach dem früheren System fixiert, um nach ihrer Ansicht auf diese Art der Landwirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Fast sämtliche bürgerliche Parteien des Reichsparlaments stehen auf dem Boden solcher Schutzzölle. Die deutschen Wähler erhalten damit eine erneute Quittung für ihre Haltung am 4. Mai 1924. Für die deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger sind das wirklich nette Ausichten in die Zukunft. Neben der Belastung, die das Dawes-Gesetz auf die Wirtschaft hat, spannt den Bogen zum Platz. Das ist die Politik des Rücktritts, den die Regierung erstrebt; sie bewegt sich damit auf der gleichen Linie wie der von ihr gewollte Abbau des Achtstundentages, des Abbaues der Sozialpolitik, der Erhöhung der Mieten und der übermäßigen steuerlichen Belastung des Verbrauchs. Eines sehen die Arbeiter klar bei diesem rückwärtlichen Beginnen: Es ist einheitlich, um den Besitz möglichst zu schonen und der arbeitenden Masse möglichst viel aufzubürden.

Die Wirkung der Milliardenlast, die mit den Agrarzöllen dem deutschen Volke zugemutet wird, sehen auch einzelne bürgerliche Vereine ganz deutlich. So hat der Außenhandelsverband eine Entschädigung angenommen und der Regierung übermitteln, worin die wichtigsten Gründe gegen die Agrarzölle recht scharf hervorgehoben werden. Die Entschädigung lautet:

Am 15. Juli soll der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrats über den vom Reichsminister der Finanzen unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers und Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer beraten. So sehr der Außenhandelsverband die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft anerkennt, so schwere Bedenken sind gegen die angekündigte Wiedereinführung von Agrarzöllen zu erheben. Der Außenhandelsverband ist der Ansicht, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage eine Erhöhung der Agrarzölle der Landwirtschaft keinen Nutzen bringen kann, dagegen die deutsche Ausfuhr und damit die Sanierung der deutschen Wirtschaft schwer gefährdet. Die deutsche Agrarfrage ist ein Teil und der Ausfluß der allgemeinen deutschen Wirtschaftskrise; sie kann nicht unabhängig von dieser und auf

Kosten anderer Zweige des deutschen Wirtschaftslebens, sondern nur mit ihr gemeinsam gehoben werden.

Das Mittel der Agrarzölle erweist sich dazu als ungeeignet. Es führt lediglich zur Steigerung der Grundrente des Großgrundbesitzes und des größeren Mittelstandes. Es schwächt die Kaufkraft für die spezifischen Erzeugnisse der Klein- und Kleineren Mittelbetriebe und führt zu deren Aufsaugung und zur Entvölkerung des platten Landes.

Die verteuerte Wirkung von Agrarzöllen erhöht die Produktionskosten von Industrie, Handel und Handwerk und lähmt damit die Ausfuhr, während gleichzeitig die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes für deren Ware zurückgeht. Die Folge ist wachsende Arbeitslosigkeit und verminderte Steuerkraft.

Die verteuerte Lebenshaltung nötigt den Staat, seine delegierten Verwaltungen und die öffentlichen Betriebe zur Erhöhung der Gehälter und Löhne, während die vermehrten Zolleinnahmen nur den Reparationsgläubigern zugute kommen und die innere Steuerkraft abnimmt. Die finanzielle Auswirkung der Zölle ist daher verberblich. Die Gewährung von Sondererleichterungen durch die Entschuldung ohnehin auf Kosten anderer Volksteile begünstigten landwirtschaftlichen Grundbesitz führt zur Erbitterung der konsumierenden Bevölkerung gegen die Landwirtschaft und zu gefährlichen inneren Gegensätzen.

Der Abschluß günstiger Handelsverträge, die unser Wirtschaftsleben notwendig braucht, wird durch die Agrarzölle erschwert.

Aus allen diesen Erwägungen muß der Außenhandelsverband gegen die Erhöhung der Agrarzölle Protest erheben. Eine eingehende Denkschrift, die diese Gesichtspunkte näher begründet, ist ausgearbeitet, bereits im Druck und geht in diesen Tagen den zuständigen Stellen zu.

Diese Argumente gelten auch für die Arbeiter; denn sie sind, wie immer, die ersten, die mit voller Wucht diese Stockprügel auf den Magen zu ertragen hätten. Die Regierung hat auch bereits die Ausfuhr von Getreide freigegeben. Eine ziemliche Preissteigerung für deutsches Getreide hat diese Maßnahme bereits gezeitigt, denn der Preis für die deutschen Produkte lagen bisher unter dem Weltmarktpreise.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die freien Gewerkschaften gegen die geplanten Schutzzölle sind. Das Vorhaben der Regierung hat denn auch sofort die Spitzenorganisationen auf den Plan gerufen. Nach einer Vorbesprechung am 11. Juli mit der Regierung fand dann am Dienstag, den 15. Juli, eine Sitzung im Reichsernährungsministerium mit den Gewerkschaften aller Richtungen zur Frage der Schutzzölle statt. Die freigegebenen gewerkschaftlichen Spitzenverbände waren durch die Genossen Graßmann und Anoll vom ADGB, Stähr und Heinig vom AFL-Bund vertreten. Der Vorsitz der Christlichen Gewerkschaften war Baltrusch, der der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Lemmer.

Der Reichsernährungsminister eröffnete die Sitzung mit einer ausführlichen, sehr ernsthaft untersuchenden Darstellung der Lage der Landwirtschaft. Die Ernährungsmittellage bietet an sich keinen Grund zur Besorgnis, dagegen sei die allgemeine Lage der deutschen Landwirtschaft außerordentlich bedenklich. Graf Kanitz trug dann die bekannten Argumente vor, die von denen benutzt werden, die keinen andern Weg für die Gesundung der Landwirtschaft kennen, als die Schaffung von Schutzzöllen. Er unterstrich dabei, daß es sich nicht um die Neueinführung von Schutzzöllen, sondern um die Wiederherstellung der Zustände vor dem Kriege handelt. Das sei schon deswegen notwendig, weil inzwischen die Industrie ihre Schutzzölle schon wieder erhalten habe.

Der Sprecher des ADGB, Graßmann, unterstrich, daß es ohne die Bewilligung der städtischen Bevölkerung in Deutschland keine Schutzzölle geben werde. Die städtische Bevölkerung sei in der Mehrheit in Deutschland, auf deren Kosten könne sich eine Minderheit keine Sonderprivilegien verschaffen. Recht deutlich unterstrich Graßmann, daß die von christlich-nationaler Gewerkschaftsseite in der reaktionären Presse veröffentlichte Darstellung, daß die freien Gewerkschaften aus politischen Gründen gegen die Schutzzölle seien, eine unanständige Demagogie wäre. Sachlich betrachtet, lägen doch die Verhältnisse heute so, daß die Arbeitnehmer durch die Lohnsteuer und die sonstigen Vorbelastungen ihres Einkommens sogar nach den Berechnungen des Reichsarbeitsministers Brauns mit 16 bis 18 Prozent erfaßt würden. Wenn man auch nur in Betracht ziehe, daß heute viele kleine Post- und Eisenbahnbeamte als Familienväter trotz aller sozialen Zulagen mit wöchentlich 17 Mk. Einkommen leben müßten, so sei damit schon das Urteil über die Schutzzölle, für die die Gewerkschaften nicht zu haben seien, gesprochen. Der Landwirtschaft könne auf andern Wegen, soweit sie wirklich Not leidet, besser und nachhaltiger geholfen werden.

Eine Überraschung bot die Rede des Vertreters der Christlichen Gewerkschaften, Baltrusch, der schon bei seiner Stellungnahme im Reichswirtschaftsrat einige Verwunderung erregte. Baltrusch behauptete nicht nur, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands seit den siebziger Jahren durch die Wandlung zur Schutzollpolitik ermöglicht worden sei. Er betonte auch, daß heute die Landwirtschaft nur durch Schutzzölle wieder aufzublühen vermöge. Anders sehe es mit der Einfuhr von Geflügel und Büchsenfleisch; hier würde auch die Industrie gegen Schutzzölle Einspruch erheben, ebenso wie die Christlichen Gewerkschaften. Dann deutete er weiter an, daß die Landwirtschaft gegenüber den sozialpolitischen Forderungen der Arbeitnehmer zunehmend geringeres Verständnis zeigt. Es wäre zu hoffen, daß sie jetzt, wenn in Arbeitnehmerkreisen Stimmung für Schutzzölle, um der Landwirtschaft zu helfen, vorhanden sei, den Arbeitnehmern in sozialpolitischen Fragen mehr entgegenkommen würde.

Als Vertreter des AFL-Bundes sprach Heinig, der die Irrtümer Baltruschs richtigstellte und an einer ganzen Reihe Einzelheiten nachwies, daß die von der Reichsregierung beabsichtigte Zollpolitik der Landwirtschaft gar nicht helfen werde. Wir brauchen die Entwicklung der Landwirtschaft zur Qualitätsproduktion. Die Lage der Arbeitnehmer sei heute um vieles schlechter als die der Landwirte. — Lemmer von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ging in seiner Auffassung mit den Darstellungen der Vertreter der freien Gewerkschaften auf einer Linie.

Es kann gesagt werden, daß die Einwände bzw. Feststellungen und Warnungen der Vertreter der freien Gewerkschaften nicht ohne Eindruck auf den Reichsernährungsminister blieben. Ueber die Frage der Schutzzölle sollen mit den Gewerkschaften noch weitere Besprechungen geführt werden. Dennoch ist die Stellung der Gewerkschaften schon klar gegeben; sie wurde durch Anoll (ADGB.) dahin zusammengefaßt: Unter keinen Umständen Schutzzölle!

Andere Mittel und Wege vorzuschlagen wie Schutzzölle, um der Landwirtschaft zu helfen, ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften; sie behalten sich nur vor, solche Vorschläge in ihrer Wirkung auf die Lebenshaltung der Gewerkschaftsmitglieder zu prüfen. Die christlich organisierten Arbeiter werden gewiß wenig erbaut sein von der Haltung ihres Vorkämpfers. Neu ist diese zweideutige Haltung in wichtigen Fragen nicht. Die Christlichen haben schon oft so gehandelt. Ihre „Wenn und Aber“ werden differtiert von parteipolitischen Erwägungen; zugeben werden sie das allerdings nicht. Deshalb bleibt es aber doch wahr. Was nun für die Arbeiterkraft auf dem Spiele steht, liegt fast und nichtern vor ihr: Abwehr und Kampf. Mit andern Worten: Keine Schwächung unserer organisatorischen Position! Die Gewerkschaften müssen intakt bleiben!

Wirtschaftliche Betrachtungen.

Die Krise der deutschen Wirtschaft hat in den letzten Wochen eine wesentliche Verschärfung erfahren. Richtiger gesagt: die Krisenmomente, welche sich in den vergangenen Monaten ankündigten, wirken sich erst jetzt voll aus. Jetzt tritt der Mangel an Kaufkraft im Innern, die Schwierigkeit der Ausfuhr dank des hohen Preisstandes, die Knappheit an Betriebsmitteln mit ganzer Wucht in Erscheinung. An sich sind zwar in den letzten Wochen eine Anzahl von Erleichterungen eingetreten, und manche Krisensymptome sind milder geworden. Unter diesen sind folgende zu verzeichnen: die Genehmigung der Warenbesitzer, ihr Lager zu herabgesetzten Preisen abzustufen, ist im Steigen. Die beträchtliche Herabsetzung zuerst der Braunkohlen-, schließlich auch der Steinkohlenpreise um 15 bzw. 20 Prozent, der Rohisenpreise um 5 bis 7 Prozent müßen zur Verbilligung der Produktion und gesteigerter Exportfähigkeit beitragen. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer um ein halbes Prozent wurde angekündigt. Angeht die Tatsache, daß die Umsatzsteuer bei einem jeden Besitzwechsel der Ware vom Rohstoffeinkauf bis zum Verkauf des Fertigproduktes von neuem entrichtet werden muß, wird selbst diese an sich nicht ausreichende Herabsetzung die Verbilligung der Produktion fördern. Dabei ist die Lage des Staatsbudgets, trotz der absichtlich düsteren Darstellung des Finanzministers, vorerst noch recht günstig, ja es war möglich, aus den laufenden Einnahmen seit Anfang des Jahres Goldanleihen im Betrag von einer halben Milliarde zurückzukaufen. Das Geld ist in den letzten Wochen wesentlich billiger geworden, der private Zinsfuß für monatliches Geld sank von 4½ auf 2 Prozent, für tägliches Geld von ¾ Promille auf ¼ Promille. Diese Tatsache ist jedoch nicht so günstig, als sie im ersten Augenblick erscheint, und ist kein Symptom für die Verringerung der Kreditnot. Das Geld ist billiger geworden, wird aber der Industrie und dem Handel nicht zur Verfügung gestellt. Die Banken bringen ihre Kapitalien infolge mangelnden Vertrauens auf die Rückzahlungsfähigkeit der Wirtschaft lieber am offenen Geldmarkt unter und sie werden deshalb nicht zur Auffüllung der Betriebskapitalien, sondern zu Effektenkäufen verwendet. Die beträchtliche Steigerung der Aktienkurse an der Börse ist wahrscheinlich diesem Umstand zuzuschreiben. Die Zahl der Konkurse und Geschäftsausschüßen ist täglich im Steigen begriffen. Dadurch wurden aber zumeist volkswirtschaftlich ungeheure Unternehmungen ausgemerzt. Freilich werden durch diese Betriebseinstellungen viele Angestellte und Arbeiter in ihrer Existenz betroffen.

Wenn trotz der angeführten Tatsachen von einer Verschärfung der Wirtschaftskrise gesprochen werden muß, so liegt der Grund hierfür sowohl in der relativen Geringsfügigkeit der Erleichterungen, wie daran, daß diese zu spät erfolgten, als bereits die Krisenlage, und was nicht weniger wichtig ist, die Krisenstimmung vorhanden war. Die Krisen werden von einer Erleichterung des Vertrauens begleitet und diese führt ebenso zu unüberlegten, aus Angst entstandenen Betriebsbeschränkungen, wie die Konjunktur zu übermäßigen Betriebsvergrößerungen den Anreiz gibt. Wenn die Bergwerksbesitzer eine mögliche Einschränkung der Produktion um 45 Prozent ankündigen, so mag dies zum Teil einen Einschüchterungsversuch darstellen, sowohl an die Adresse der Arbeiter wie gegenüber der Forderung nach Preisermäßigung, zum Teil ist es aber ausschließlich aus Krisenstimmung. Der mangelnde Abfluß ist kein ausreichender Grund für so weitgehende Betriebsbeschränkung. Je mehr Arbeiter und Angestellte entlassen werden, um so mehr wird die innere Kaufkraft eingeschnürt. In dieser Hinsicht wirkte der Abbau der Angestellten, insbesondere bei den Banken — es wurden im ersten Halbjahr 1924 an die 150 000 bis 200 000 Bankangestellte entlassen — besonders verheerend. In der kapitalistischen Wirtschaft denkt aber jeder Unternehmer nur an den eignen Betrieb und die Erfordernisse der Volkswirtschaft werden außer acht gelassen. Der endlich erzwungene Preisabbau wird hoffentlich auch die Ausfuhr beleben. Borerst ist die Lage der Handelsbilanz erschreckend: bis Ende Juni zeigte sich ein Einfuhrüberschuß von 13 Milliarden Goldmark. Selbst der Monat Mai zeichnete sich wider Erwarten dank der erhöhten Einfuhr durch den gewaltigen Einfuhrüberschuß von 353 Millionen Goldmark aus, wobei die sehr beträchtliche Einfuhr von Fertigwaren besonders auffällt. Allerdings wird der Ausfuhrhandel der besetzten Gebiete in der Statistik nur sehr unvollkommen berücksichtigt. Da Auslandskredite für die Einfuhrwaren nur prächtig vorhanden sind, müssen wir annehmen, daß die Einfuhren aus dem In- und Ausland liegenden Devisen bezahlt werden und deutsche Kapitalien vom Ausland — auch dank der hohen Zinsen — zurückgewandert sind. Eines schönen Tages wird aber diese Devisendecke weggeschmolzen sein, wenn nicht rechtzeitig ein Wandel in der Handelsbilanz erfolgt, oder wenigstens ausländische Kredite nicht gewährt werden. Letzteres macht die rasche Durchführung des Sachverständigengutachtens zu einer zwingenden Notwendigkeit, da vorher auf größere Auslandskredite nicht zu rechnen ist. Die Errichtung der Goldnotenbank in Verbindung mit der Durchführung des Gutachtens wird aber die innere Geldknappheit lindern, indem dadurch neue Zahlungsmittel — ohne die Inflationsangst — in die Volkswirtschaft hineinströmen werden. Die Rentenmarkkredite sollen aber zum großen Teil weiter bei der Landwirtschaft bleiben, gewisser-

maßen als Ersatz für die Hypotheken. Die Krise der Landwirtschaft, wo die Preise infolge der mangelnden Kaufkraft der Bevölkerung immer noch unter den Weltmarktpreisen stehen, gibt zu vielen Erörterungen Anlaß. Im Reichstag hat der Landwirtschaftsminister für das nächste Jahr landwirtschaftliche Subventionen angekündigt, eine unnütze und die ganze Wirtschaft nur schädigende Maßnahme. Die Landwirtschaft streift auch die Freigabe der Ausfuhr ihrer Produkte an, die ihr unter den obwaltenden Umständen kaum abgefragt werden kann. Das Bestreben der parlamentarischen Rechtsparteien zur Neuregelung der Aufwertung der entwerteten Schulden hat neue Anträge in diese bereits erledigte Frage getragen. Die Aufwertung der Staatsanleihen ist außerpolitisch schädlich, weil das Gutachten mit der Abtragung der Staatsschulden infolge der Geldentwertung rechnet, gefährdet das Gleichgewicht der Staatsbudgets, da dafür keine Deckung vorhanden ist und ist auch antisozial, insofern diese Anleihen von Großkapitalisten zusammengekauft wurden und also heute sich nicht mehr in den Händen der kleinen Besitzer befinden.

Die verschlechterte Lage des Arbeitsmarktes verursacht — abgesehen von dem erwähnten Abbau von Angestellten — gesteigerte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Im Mai ist zwar die Zahl der Vollarbeitslosen von 12,1 auf 9,7 Prozent der erfassten freigewerkschaftlichen Gewerkschaftsmitglieder (sechs Verbände) zurückgegangen, seitdem hat aber die Lage eine Verschlechterung erfahren. Dasselbe gilt in noch erhöhtem Maße in bezug auf die Kurzarbeit, wo die Zahl der Kurzarbeiter bereits im Mai von 5,7 auf 8,4 Prozent der erfassten Gewerkschaftsmitglieder stieg, seitdem aber in größtem Maße zugenommen hat. Die Reichsstatistik über die Arbeitslosigkeit gibt keine ausreichende Aufklärung. Die Arbeitslosen aus dem besetzten Gebiet sind darin nicht enthalten, auch nicht die, welche nach Ablauf von 26 Wochen keine Unterstützung mehr erhalten. Eine staatliche Unterstützung der Kurzarbeiter wird aber seit April überhaupt nicht mehr gewährt. Die Reallohnne sind nach den Angaben der „Wirtschaft und Statistik“ im Monat Mai gegenüber dem Vormonat für die Gelehrten um 5,9 Prozent, für die Ungelehrten um 5,7 Prozent gestiegen. Der Vorkriegsreallohn ist aber auch bei verlängerter Arbeitszeit auf Grund der Tariflohnzüge im Mai nicht erreicht worden. Der Stundenlohn für ungelernete Arbeiter hat dagegen zum großen Teil den Vorkriegsstand erreicht, natürlich ohne die damalige Kaufkraft zu besitzen. Die verlängerte Arbeitszeit wurde in einigen Gewerben unter dem Druck der Verhältnisse eingeführt, in einigen andern, wie beispielsweise im erweiterten Baugewerbe, noch heiß umstritten.

Gewerkschaftskampf und Christentum.

Von Dr. Gustav Hoffmann.

Die freien Gewerkschaften sind wirtschaftliche Kampforganisationen, in denen die religiöse Ueberzeugung den Mitgliedern als persönliche Angelegenheit völlig überlassen bleibt. Trotzdem wurden die freien Gewerkschaften immer wieder als religionsfeindlich bekämpft, und besonders nimmt die katholische Kirche in neuester Zeit bekanntlich in janatistischer Weise gegen die freien Gewerkschaften Stellung.

Daß das religiöse Bekenntnis jedes einzelnen Mitglieds der freien Gewerkschaften unangetastet bleibt, das weiß die Kirche ganz genau. Sie weiß auch selbst aus den rein katholischen Gebieten kein gegenteiliges Material gegen die freien Gewerkschaften in dieser Beziehung ins Feld zu führen. Aber wir wollen den entschiedenen Kampf gegen die Unterdrücker; wir wollen den klaren Kampf um unser wirtschaftliches Recht; wir wollen den Klassenkampf, und das ist es, weshalb sich die Kirche gegen die freien Gewerkschaften erhebt. Wir führen einen wirtschaftlichen Kampf ganz besonderer, entschiedener, zielbewusster Art, der den von der Kirche betreuten Gewerkschaften eine unliebsame Konkurrenz bedeutet, und deshalb, offen und geheim, in kirchlichen Erlässen und in Predigten von Pfarrern und Missionaren, diese Veruche, die Gefahr, die die freien Gewerkschaften dem Kapitalismus bedeuten, herabzumindern.

Die Kirche hat es zu allen Zeiten mit den Mächtigen gehalten, und darum entspricht ihr Bemühen, die freien Gewerkschaften als die entschiedenen Gegner des Kapitalismus, dieser Macht von heute, zu bekämpfen, ihrer Tradition. Eine andre Frage ist die, ob diese Tradition christlich ist, ob diese indirekte Unterstützung des kapitalistischen Herrtums unfer Tage im Sinne der Lehre ist, die die Kirche zu vertreten behauptet.

Hierbei bleibt es auch wieder jedem einzelnen überlassen, welche Stellung er dem Nazarener gegenüber einnimmt, ob er ihn für einen Gott oder für einen Menschen hält, ob er seine Existenz leugnet, weil manche Begebenheiten seines Lebens auch in anderen Religionen wiederkehren, oder ob er an seine Existenz glaubt, weil neben jenen in den Religionen immer wiederkehrenden Einzelheiten vom Nazarener außerdem noch Aussprüche genialer und ganz revolutionärer Art überliefert sind. Für das Problem: Gewerkschaftskampf und Christentum kommt es nicht auf die religiöse Theorie an,

die ja jedem überlassen bleibt, sondern auf die Tat, auf den Kampf, auf die Praxis. Und da haben wir zu fragen: Widerspricht der Klassenkampf der Stellung, die die Evangelien dem wirtschaftlichen Leben gegenüber einnehmen? Oder ist der Klassenkampf gerade die praktische Uebertragung jenes Geistes in unsere moderne Zeit?

Das jüdische Volk jener Tage, von denen die Evangelien erzählen, stand unter römischer Herrschaft. Es lebte in politischer Knechtschaft, so daß das ganze Volk von nichts so sehr erfüllt war als von der Sehnsucht nach politischer Freiheit. Man sollte meinen, daß die Evangelien darum, soweit sie zum praktischen Leben Stellung nehmen, auch vor allem von jenem politischen Freiheitsgefühl erfüllt sein müßten. Aber trotzdem klingt das politische Moment nur ganz unbedeutend heraus. Dagegen kommt immer und immer wieder eine klare Stellung gegen das wirtschaftliche Leben zum Ausdruck, woraus die besonders engen Zusammenhänge gerade zwischen wirtschaftlichem Leben und Christentum in die Erscheinung treten.

Wehe euch, ihr Reichen! Kann irgend etwas klarer und einfacher die Stellung bezeichnen, die jene religiöse Auffassung der Wirklichkeit gegenüber einnahm?

Wehe euch, ihr Reichen! — Liebe hatte auch Buddha gepredigt; Reinheit es Herzens hatte auch der große Chinese Laotse gelehrt. Aber: Wehe euch, ihr Reichen! — das ist das Wesentliche, Praktische, Kampfbene des jenes Christentums.

Wehe euch, ihr Reichen! Wo ist die Kirche, die solch ein mutiges und befreiendes Wort wagt? Wo ist die Kirche, die aus dieser Lehre die Konsequenz zieht und in entschiedenem Kampfe angeht gegen dieses wirtschaftliche Herrtums unserer Zeit? Liebe predigen, das kann auch der Buddhist und der Konfuzianer. Aber: Wehe euch! Kampf dem Mammon, daß Liebe möglich ist, das ist der Geist, der sich aus den Evangelien ergibt. Solange Mammon ist, kann keine Liebe sein! Solange Mammon ist, kann keine Religion sein! Denn niemand kann Gott dienen und dem Mammon.

Kann ein sittlich fühlender Mensch, der ohne jedes Vorurteil dem Leben gegenübersteht, leugnen, daß dieser Geist in unserer Zeit zu einer eindeutigen, entscheidenden Stellung gegen den Kapitalismus zwingt? Niemand kann Gott dienen und dem Mammon. Darum gegen den Mammon, daß ein göttliches Leben möglich ist! Je entschiedener der Kampf, um so religiöser. Je klarer der Kampf, um so christlicher. Je mehr Klassenkampf, um so eher und um so lauter er das Ideal der Liebe.

Darum bringt uns jeder wirtschaftliche Erfolg, den die Gewerkschaften in ihrem Klassenkampfe dem eigensüchtig seine Macht behauptenden Gegner abtrotzen, dem sittlich reinen, neuen Menschen näher. In wirtschaftlicher Not, in sklavischer Abhängigkeit kann sich niemals eine freie Seele entfalten. Solange noch Sorge ist, kann der Mensch nimmer Mensch sein. Darum auch „unser tägliches Brot heute“. Ja, „heute schon für morgen“, wie es in der alten Spruchsammlung heißt, aus der Matthäus wie Lukas ihre Evangelien gemeinsam geköpft haben. Schon heute für morgen, daß doch die wirtschaftliche Sorge nicht ist, daß der Mensch doch im freien Ausleben seiner Seele das Wachstum der Menschheit zum neuen göttlichen Sein hinauf zu erleben imstande ist.

Das ist der große Kulturgebende des Gewerkschaftskampfes, daß er den Menschen durch die wirtschaftliche Freiheit zur Persönlichkeit erwachen läßt. Das ist das große letzte Kulturziel des gewerkschaftlichen Klassenkampfes, daß er in einer neuen klassenlosen Welt allen Schwestern und Brüdern die Freiheit der Menschenseele ermöglicht.

„Wo dein Schatz ist, da ist dein Herz.“ Solange das Leben auf wirtschaftliche Macht und wirtschaftliche Werte eingestellt ist, solange ist die Menschenseele mit dem Materiellen verquidelt. Erst wenn in der klassenlosen Welt die Wirtschaft Sache der Gemeinschaft ist, ist kein „Schatz“, kein Mammon, kein materieller Wert mehr vorhanden, an dem der einzelne hängen kann. Dann lebt jeder ohne Sorge und ohne wirtschaftlichen Zwang als Freier unter Freien, als Schwester unter Schwestern und als Bruder unter Brüdern. Dann ist die Welt gekommen, wie sie von allen Besten aller Zeiten geahnt und gekündet ward, das „Reich Gottes“ des Nazareners, das Ideal Schillers, die Welt der Freiheit und Liebe, die Welt der Göttlichkeit.

Und da wagt man es, diesen großen Glauben unseres Kampfes zu trüben? Da wagt man es, die freie Gewerkschaftsbewegung, die von solch hohem letzten Gedanken getragen ist, anzugreifen?

Wer dem Geiste jenes Christentums gemäß leben will, der muß Kämpfer sein, der hat die religiöse Pflicht zu einer eindeutigen Stellung gegen den Mammon im Sinne des Wehe euch!, dem ist der Klassenkampf ein göttliches Gebot.

Im freigewerkschaftlichen Kampfe um das wirtschaftliche Recht erzwingt sich die ewige Idee der Welt die Befreiung. Und darum schreitet unter Kampf zuletzt doch nur siegend hinweg über alles moderne Pharisäertum, das sich ihm in den Weg stellt.

Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse

Von Prof. Dr. Julius Hirsch.

1. Vorgehensweise und Hauptinhalt des Gutachtens.

Der Vertrag von Versailles hat die Reparationskommission mit der Festsetzung der deutschen Reparationspflicht beauftragt. Diese hat den Gesamtbetrag am 27. April 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Im Londoner Ultimatum vom 5. Mai teilte sie diese Schuld in zwei Teile: 50 Milliarden Goldmark, deren Verzinsung und Tilgung zunächst finanziert werden sollten, 82 Milliarden, die erst bei starkem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaftskraft in Frage kommen sollten. Die deutsche Zahlung sollte jährlich bis zur Abtragung der Schuld 2 Milliarden Goldmark als „feste Jahresleistung“ und 26 Proz. der deutschen Ausfuhr als „veränderliche Jahresleistung“ betragen. Da man die deutsche Ausfuhr damals auf 5 Milliarden Goldmark veranschlagte, hatte die Entente für den Anfang offenbar auf etwa 3—3½ Milliarden Goldmark jährlich gerechnet. Außerdem wurde — entsprechend einem früheren Angebot der Regierung Fehrenbach — die Zahlung von einer Milliarde Goldmark vorab bis zum 31. August 1921 gefordert. Schon bei dem Versuch, diese einmalige große Geldleistung nicht durch Anleihe, auch nicht aus dem Goldbestand der Reichsbank, sondern aus den normalen Deviseneinnahmen der deutschen Wirtschaft zu leisten, erlitt die deutsche Währung, die bereits vorher auf 7—8 Proz. ihres Friedenswertes gesunken war, einen neuen, schweren Schlag, der noch durch die den deutschen Ansprüchen nicht entfernt entsprechende Regelung der oberirdischen Teilung außerordentlich verschärft wurde. Im Herbst 1921 fiel infolge dieser Umstände und insbesondere auch infolge der Nichtfinanzierung der Reparationsleistungen die deutsche Währung auf etwa ein Fünftel ihres Wertes, d. h. von etwa 7½ Goldpfennig auf 1½ Goldpfennig für die Mark. Daraufhin suchte das Kabinett Wirth im November 1921 um ein Moratorium nach, und Walter Rathenau erzielte ein solches in glänzender Verhandlungsleistung in Cannes, obwohl mitten in jener denkwürdigen Konferenz Briand stürzte und Poincaré schon an der Macht war. Die deutschen Sachleistungen wurden auf 1450 Millionen Goldmark festgesetzt, davon sollte Frankreich allein 900 Millionen Goldmark übernehmen. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Uebernahme auch nur einigermaßen in dieser Höhe erfolge, die französische Industrie also auf die ihr im Wiederaufbau gegebene Arbeitsgelegenheit verzichten würde, war gering. Tatsächlich ist nur ein Bruchteil davon beansprucht worden. Die Goldleistung wurde aber zuerst auf 720 und dann auf 500 Millionen Goldmark herabgesetzt. Obwohl heute unter dem Micum-System eine beträchtlich größere Last getragen wird, ohne daß die Währung dadurch berührt würde, erfolgte damals nach kurzer Pause ein weiterer Währungssturz wegen der unerantwortlichen Finanzpolitik, insbesondere der Nichtfinanzierung der Reparationsleistung, und die Führer der deutschen Industrie machten in aller Welt die Reparationsleistungen, sowohl Gold- wie Sachleistungen, für diesen weiteren Sturz der Währung verantwortlich. Die Stimmung der Nichterfüllungspolitik wurde, von ihrer „Autorität“ getragen, in allen bürgerlichen Parteien und nicht unwesentlich darüber hinaus verbreitet. Die Gegegen diejenigen, die Erfüllungspolitik aus Erkenntnis bitterer Notwendigkeit vertraten, führte schließlich zur Ermordung Walter Rathenaus. Kurz nachher entschloß man sich zur Einstellung aller baren Zahlungen (Juli 1922) und — trotz allem kam es zu immer widerem Sturz der Baluta und zur weiteren Verschärfung der Stimmung sowohl in Frankreich wie nicht minder auch unter der Politik der Schwerindustrie gegen jede Reparationsleistung auch in Deutschland. Obwohl das Kabinett Wirth diesen Strömungen weit, vielleicht schon allzu weit, entgegenkam, führte sie zum Sturz dieses Kabinetts und zur Berufung der rein bürgerlichen Regierung Cuno (November 1922). Dieser „Regierung der distanzfähigen Unterschicht“, als Vertreterin der bisherigen Erfüllungspolitik verneinenden Kreise, gelang keine Verständigung mit der Entente; ohne Anhörung ihres Vertreters kam es zum Ruhrkampf (Januar 1923). Als dieser Kampf den unmittelbar erwarteten Erfolg nicht brachte, dagegen infolge immer schlimmerer „Finanz“-Politik durch Notendruckerei einen Balutasturz von einem in der Weltgeschichte bisher unerhörten Ausmaß, setzten Anfang Mai 1923 die Bemühungen ein, zu einer neuen Verständigung über Reparationsleistungen zu gelangen. Hierbei mußte man auf früher abgelehnte Gedankengänge zurückgreifen: Sofort nach Annahme des Londoner Ultimatus hatte der Reichswirtschaftsminister einen Plan zur Finanzierung der Reparationen vorgelegt, der eine Belastung der deutschen Sachwerte mit dem Ziel vorah, auf Grund dieser Sachwerte eine äußere Anleihe für die Reparationszahlungen der ersten Jahre aufzunehmen. Dieser Plan war im September 1921 von der Industrie durchkreuzt worden durch das sogenannte „Kreditangebot der deutschen Industrie“ von einer Milliarde Goldmark. Dieses Angebot wurde dann aber auch nicht aufrechterhalten, sondern mit Hinweis auf die deutschen Eisenbahnen, die an sich Goldwert genug seien, wieder beiseitegesetzt. Schließlich wurde die ganze Finanzierung überhaupt mehr und mehr der Notenpresse anvertraut. In der Not des Ruhrkampfes mußte

Der Stoffel*.

Von Max Dorn.

Wo von grauer Höhe der Westerwald mit alter Stirne nach Süden abhaut, da erhebt sich aus dem Gewirre von Tälern und Bergen heraus eine langrunde Kuppe: Der Stoffel.

Der Stoffel: Der Basaltberg. Wohl die größten Basaltbrüche Deutschlands.

Der Stoffel, ein Bergkopf, ein Kopf mit schwarzen Borstenhaaren: der hohe Kiefern- und Fichtenwald. Aber die Stirne des Berges Stoffel ist eine einzige große große Wunde. Der Mensch bricht den Schädel des Berges auf. Hier arbeiten die Bataillone der starkmühsigen Basaltmänner. Hier Männer vom Steinbruch! Ein besonderes Geschlecht sind sie, kühn, herb und starrsinnig wie der Stein selbst.

Ein grauer Sommerhimmel hängt tief. Wie eine vom Krieg berannte Bergkette sieht du den Bruchberg vor dir trugig aufragen. Oben der schwarze Wald. Unten die blaugrauen überblauen Buchwände, und gelbrote Flecken zeigen dir die Moränenablagerung der fernen Eiszeit, die weit über hunderttausend Jahre zurückliegt.

Ha, Krieg! Krieg dem Gebirge. Das schießt mit zwanzig Batterien. Ein Gebrülle her von den Bergwänden. Und die fernsten grüingrauen Bergkämme werfen mit tatbereiter Schlaghand das helle Echo schnell zurück.

Staubwolken wirbeln silberrot auf, der Wind bläst hinein, und schnell löste sich das silberrot-Ballige auf in ein fortwehendes leichtes Blau. Die Brüche. Da sind die flinken, blanken Stahlstangen an der Arbeit. Säule um Säule bricht der Mensch aus dem Rittervolle der Basaltker heraus. In ihren Spitzhütten sitzen die Ripper. Wird der Pflasterstein, wird der Quader, wird das Mosaik. Und in

mächtigen elektrischen Drehtrommeln wird der Basalt vermahlen zu Schotterung und Splitt.

Unten im Tale schäumt schwarzweiß die Rister, der wilde Gebirgsbach. Drüben liegt das alte Ritterdorf Erbach. Ein Steinbruchherr hat sich dort seine ruhende Siedlung erbaut, altgermanische Bauart Hütten mit Strohdach, Tore mit Werdköpfen, Teich, Terrasse, Palast und Palmenhaus. Urzeit und Neuzeit paaren sich. Das Einfache wächst sich ungehindert aus zum höchsten Luxus.

Der Stoffel, die Erwerbsquelle für dreißig lebhaft Dörfer. Von weither kommen die Steinbrecher, um aus dem Berge ihr Brot zu brechen. Der Stoffel könnte den Arbeitern ein Goldberg sein — wenn — wenn — ja! wenn der Unternehmer nicht wäre. Die Bergherren sitzen zu Düsseldorf, Köln und Bonn in ihren seidenen, silbernen Willen, für sie erarbeitet hier der Steinbrecher den Luxus der herrlichen Lebensgewohnheiten. Ohne den Mann vom Steinbruch könnten die Frauen und Töchter der Bergherren nicht in buntschillernden, seidnen Kleidern gehen, die Speckhälle könnten ohne den Mann vom Steinbruch nicht in ihren violetten Autos durch ganz Europa spazierenfahren, hin an die See, hin in die Kurhäuser: Borkum, Karlsbad, Baden-Baden, Luzern, Gotthard, Bellinzona und Monte Carlo. Alles nur möglich durch den Fleiß und durch das Entzagen der Proleten im Steinbruch. Er! der Prolete, er ist die schöpferische Quelle eines übelstprassenden Reichtums.

Aber das stolze Bewußtsein der guten, gesunden Schöpferkraft sieht du den Basaltmännern auch von der braunen Stirne strahlen. Sie sind schön in ihrem herben, rauhen Wesen, Trug steht im Antlitz neben der wolkenden Kraft: Sieg über den Stein macht frei den Blick, den Blick her aus dem harten grauen Basalttauge.

Weiß blühen die Dörfer der Steinbrecher an den Hängen der schwarzgrünen Gebirge.

Da ist als Krone der Dörfer: das hochgelegene Alpenrod an der Böhmerheide. Alpenrod! das Dorf der härtesten Klassenkämpfer, der Stützpunkt des ganzen proletarischen Westerwaldes. Hier hast du deine helle Freude, wenn du zu den Genossen in den Veräimlungen sprichst, denn das rote proletarische Herz schlägt dir warm und warm entgegen. Bruder erkennt den Bruder. Gelänge wirbeln rot.

Und sie wissen, was sie wollen, diese Steinmänner, sie kennen klar ihr Ziel: Die Brücke den Brucharbeitern! Fort mit den Dornen! Selbständigkeit der Arbeit! Austausch des Basalttes gegen Korn, Kohle, Kleid, Schuh, Tabak und sonstigen Lebensbedarf. Ziel: Die Ueberführung der Brüche in die Gemeinwirtschaft. Sozialisierung!

Die Bergherren kennen die ihnen drohende Gefahr, und mit allen schleichenden Mitteln suchen sie in die Reichen der Basalt-

männer hinein Uneinigkeit und Dummheit zu tragen: Kirche, Schafe, Alkohol und falscher Nationalismus sind die gefälligen Handlanger des um seine Sonder- und Vorrechte zitternden Bergherrentums. Aber wer hält die ewigwunde braufende Entwicklung auf? Wer sich gegen die Flut der ewigbeweglichen Zeit stemmt: der wird fortgerissen, hin ins Nichts! Die Bergherren werden dereinst selber im Bruche schiffen müssen, wenn der Basalt in ihren Händen weiterhin Gold werden soll. Die Arbeit wird selbständig! Wann? Das ist nicht die größere Bedeutung, die größere Bedeutung ist: Wir haben ein Ziel! Das Erhabene ist: Wir wollen! Und wo der Mensch ernstlich will, da kann er auch.

Vorwärts! Hinauf! Hinauf! Und das Große, das Werk wird getan: Die Befreiung des Proletariats vom Joche des üblen goldgierigen Kapitalismus.

Schwebet, schwebet, ihr meine freien roten Adler.

Johannes Wedde:

Gemeinheit und Kleinheit, sie herrschen in der Welt, sie hausen in den Städten, sie fahren über Feld, sie grüßen hold und schmeichelnd und lullen sanft dich ein, und werfen vor die Füße Gedörrn dir und Gestein. Und kommst du so zum Straucheln, dann stürmen sie drauflos und stürzen dich zu Boden mit hinterlistigem Stoß, und jauchzen, düffeltrunken: „Wie schwach und wie schwach! Die Windigkeit des Proleters kommt herrlich an den Tag!“ Und reißt du aus dem Staube die Fäuste zorngeballt, dann höhnen sie: „Nun zeigt sich die wirkliche Gestalt!“

Gemeinheit und Kleinheit, laß ihnen Macht und Welt! Zerwende sie als Affen, die man zur Kurzweil hält.

* Der richtige geographische Name lautet auf „Stöffe“. Im Volksmunde wird jedoch „Stoffel“ gesagt. Dieser Berg ist 474 Meter hoch und offenbar das mächtigste Basalt-Vorkommen auf dem Westerwald. Hier Unternehmer beuten den Stoffel aus. Produktion ist Schotter und Pflaster. Die bedeutendsten sind die HUG, Linz und Adrian, Oberstassel. Diese beiden Betriebe sind auch zeitgemäß eingerichtet mit den neuesten maschinellen Hilfsmitteln. Circa 600 Steinarbeiter arbeiten in den vier Steinbrüchen, leider sind nicht alle organisiert, doch in der Mehrzahl bei unserem Verbande. Die dort arbeitenden Kollegen verteilen sich auf die Zahlstellen Alpenrod, Enjapel und Dreisbach. Schriftleitung des Steinarbeiters.

und die Regierung Cuno doch wieder ein Erfüllungsangebot machen und tat dies, indem sie zunächst eine Summe von 30 Milliarden Goldmark anbot. Zins und Tilgung dieser Summe sollten aufgebracht werden zu

1/4 = 10 Milliarden von den deutschen Eisenbahnen,
 1/4 = 10 Milliarden durch hypothekarische Belastung der deutschen Sachwerte in Industrie, Handel und Landwirtschaft,
 etwa 1/4 = etwa 10 Milliarden durch Verbrauchssteuern.

Insgesamt bot die Regierung Cuno selbst schon eine Belastung von ungefähr 1800 Millionen Goldmark jährlich an. Dem gegenüber entwickelte Belgien die sogenannten belgischen Monopolpläne, nach denen aus Eisenbahnen, Sachwertbelastung, Zöllen und Verbrauchssteuern neben der Deckung des deutschen Etats noch 3 1/2 Milliarden Goldmark aus der deutschen Steuerkraft herausgeholt werden könnten (Juli 1923). Diese Vorgänge sind die wesentlichsten Grundlagen, welche die ausländischen Sachverständigen, deren Prüfung zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage bereits das Kabinett Wirth-Rathenau angeregt und der amerikanische Staatssekretär Hughes bereits Ende 1922 unterzucht hatte, nun vorfinden, als es Anfang 1924 mit Frankreichs Zustimmung von der Reparationskommission berufen wurde.

Bereits vorher hatte man aber in Frankreich das sehr raffinierte und für Deutschland ungemein drückende System der Ricum-Verträge ausgearbeitet; der ganze Plan wurde schon vor Abbruch des Ruhrtampfs veröffentlicht und ist hart und rücksichtslos durchgehalten worden. Sein Grundgedanke war, daß dem besetzten Gebiet Deutschlands Daumenhaken angelegt und aus ihnen die Lieferungen durch Gewalt herausgeholt werden sollten, die bis dahin mit andern Mitteln nicht geholt werden konnten. Dieses System, die Rathenau gescholten und verfolgt hatten, weil er einen Betrag unterschrieb, der jährlich 1 1/4 bis höchstens 1 1/2 Milliarden Goldmark keinesfalls übersteigen hätte, mußten nun einer nach dem andern Lieferungsverträge unterzeichnen, die bis zu 28 und selbst 30 Prozent der Produktion, z. B. des Kohlenbergbaues (bei Koks sogar bis zu 35 Prozent), der Entente umsonst lieferten. Die unmittelbaren Kosten des Ricum-Systems, die nur von Rheinlands-Westfalen getragen wurden, waren nicht viel kleiner als diejenigen, die Rathenau überhaupt zu tragen versprochen hatte. Außerdem aber unterlag Deutschland härtesten Druckmaßnahmen, der Wegnahme der deutschen Zölle an der Westgrenze, dem Wegfall der deutschen Eisenbahnentnahmen im besetzten Gebiet, einer besonderen Zollgrenze und unerträglich schweren Wirtschaftshemmungen zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet, so daß die Last, die seitdem auf Deutschland ruht, recht wesentlich über alles hinausgeht, was Rathenau je zu leisten versprochen hatte; dabei haben die Ententestaaten von diesem Druck und dieser Last nicht entfernt den gleichen Nutzen, den unsre Kosten und unser Verlust darstellt. Daraus ergaben sich unerträgliche Verhältnisse, denn die Unternehmer konnten aus ihrem Gewinn diese Lasten tatsächlich nicht tragen, sie machten also Verluste, sie auf Verbraucher, Arbeiter und Staat abzuschieben. Wenn wir Ueberweltmarktpreise, aber Unterweltmarktlöhne, und gerade im Bergbau schwere Arbeitskämpfe gehabt haben, so eben auch wegen dieser ungünstigsten Form einer Erfüllungspolitik.

Demgegenüber stellt das Sachverständigengutachten des Dawes-Komitees einen unvergleichlichen Fortschritt dar. Seine Hauptgrundzüge sind die folgenden:

1. Vorbedingung zu irgendeiner Lösung der Reparationsfrage ist die Stabilisierung der deutschen Währung und der Ausgleich des deutschen Budgets. Eine solche ist nur möglich, wenn Deutschland die wirtschaftlichen Mittel seines Gebiets zur Verfügung hat und darin und damit frei wirtschaften kann.
2. Eine Sicherheit der Währung wird nur gewährleistet, wenn die Beliebigkeiten, insbesondere auch die Rentenmark, durch eine echte Goldwährung (Goldnotenbank) ersetzt werden.
3. Der deutsche Etat muß so aufgemacht werden, daß er nicht nur die inneren Verwaltungsausgaben deckt, sondern auch für die Kriegsschulden ausreichende Beträge bereitstellt. Dies ist nach Ansicht des Dawes-Komitees bei geeigneter Besteuerung möglich, ohne die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung unter diejenige der wichtigsten Ententestaaten sinken zu lassen.
4. Die Lasten des Friedensvertrages müssen in eine Summe zusammengefaßt werden. Bei dem jetzigen geschwächten Zustande der deutschen Wirtschaft ist eine Zahlung im ersten Jahre überhaupt nicht, in den drei folgenden Jahren nur in allmählich steigendem Maße möglich. Deswegen muß das erste Jahre, in dem Sachleistungen gemacht werden müssen, durch eine auswärtige Anleihe von 800 Millionen Goldmark gestützt werden, im zweiten Jahre muß für einen Teil der Reparationslast der Betrag durch Verkauf von Eisenbahnobligationen hereingebracht werden. Wie sich das Dawes-Komitee die deutsche Belastung in den nächsten Jahren denkt, zeigt die folgende Tabelle:

Vorgesehene Zahlungen Deutschlands (in Millionen Goldmark).

Jahr	Eisenbahnobligationen	Verkauf von Eisenbahnobligationen	Sachleistungen	Schuldenaufnahme	Zusammen
1924—1925	200	—	—	—	1000
1925—1926	595	—	125	—	1220
1926—1927	550	290	250	110	1200
1927—1928	660	290	300	500	1750
1928—1929	660	290	300	1250	2500

Nach dem Normaljahr von 1928/29 tritt eine etwaige Steigerung ein, wenn Deutschlands Wohlstand sich hebt. Diese Steigerung wird nach einem „Wohlstands-Index“ gemessen. Würde die deutsche Wohlstandsentwicklung etwa in gleichem Maße vor sich gehen wie in dem Jahrzehnt vor dem Weltkriege, so würde ein jährlicher Zuwachs von etwas über 3 Prozent in Betracht kommen. Für die Jahre 1929—1934 sieht aber das Sachverständigengutachten davon nur die Hälfte vor.

Wie die Tabelle zeigt, nimmt das Sachverständigengutachten die Lasten

1. aus einer Belastung der in Form einer Privatgesellschaft zu überführenden Eisenbahnen, die insgesamt mit 22 Milliarden Goldmark belastet werden, wovon der Entente 11 Milliarden Goldmark zufallen;
2. aus der Eisenbahnverkehrssteuer;
3. aus einer Sachwertbelastung der Industrie in der Form von Obligationen, die 5 Milliarden Goldmark umfaßt;
4. der Rest der erforderlichen Summe wird aus dem Etat aufgebracht, insbesondere haften dafür die Zölle, die Steuern auf Zucker, Bier, das Alkoholmonopol und das neu zu schaffende Tabakmonopol.
5. Damit wird nur gesichert, daß die Beträge in deutscher Währung aufgebracht werden. Ob und wieviel davon in Devisen bezahlt werden kann, ob und wieviel in Sachleistungen abgenommen wird, das regelt ein „Agent für Reparationszahlungen“, der die Beträge, die nicht ohne Gefahr der Erschütterung der deutschen Währung ins Ausland übertragen („transferiert“) werden können, für Rechnung der Entente in Deutschland ausleihen kann. Dies bis zu einem Betrage von 5 Milliarden Goldmark. Ist dieser Betrag erreicht, so hören deutsche Reparationszahlungen so lange auf, bis wieder „transferiert“, d. h. in Waren oder Geld ohne Erschütterung der deutschen Währung ins Ausland geliefert werden kann.
6. Zur Kontrolle der deutschen Reparationsleistungen werden eingesetzt: neben dem „Agenten für Reparationszahlungen“ je ein Komitee für Eisenbahnen, Goldnotenbank und die Verbrauchseinnahmen und Monopole mit je einem Entente-Kommissar als Vorsitzenden; dazu ein Komitee für die Industrieobligationen.

Internationales Steinarbeitersekretariat.

Bericht vom 1. Quartal 1924.

Belgien. Die Teuerung war im ersten Quartal immer noch im Zunehmen begriffen. Die Indexziffer haben sich folgendermaßen verändert: am 15. Jan. 480, am 15. Febr. 495 und am 15. März 510. Demgemäß mußten im Distrikt Causines die Löhne erhöht werden, hier ist im Arbeitsvertrag vorgesehen, daß bei Aenderungen von 10 Punkten der Indexziffer eine entsprechende fünfprozentige Aenderung der Löhne stattzufinden habe.

Im Distrikt Soignies wurden Lohnhöhungen von 20 und 25 Cent erreicht und ein neuer Arbeitsvertrag festgelegt, welcher bis 1. Januar 1925 dauert und ebenfalls die Indexänderungen berücksichtigt.

Ein Streik von Bedeutung bestand in den Steinbrüchen des Kleingranites in der Provinz Liège. Ein Duzend Unternehmer mit über 1100 Arbeitern waren daran beteiligt. Die Unternehmer wollten die Gewerkschaften nicht mehr anerkennen und die vereinbarte Lohnerhöhung von 10 Prozent gemäß Indexerhöhung und Abmachung nicht mehr respektieren und wollten zudem die Arbeitszeit verlängern.

Einige Unternehmer, die über 600 Arbeiter verfügen, haben sich mit der Organisation vertraglich verständigt. Streikbrecher sind feind.

In Neumont wurden die Stundenlöhne um 15 Cent erhöht und ist eine weitere Erhöhung von 10 Cent vorgesehen, sobald der Index auf 515 gestiegen sein sollte.

In Tournais besteht eine große Krise, indem jeder Export des dortigen Materials auf Grund der Valutadifferenz unmöglich ist.

Deutschland. Die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, über die bereits im 4. Quartal 1923 berichtet wurde, hielt auch bis Mitte Februar 1924 an. Langsam belebte sich von da an die Natursteinindustrie, auch im Straßenbau setzte die Beschäftigung wieder ein.

Die Unternehmer haben mit ihrem Verlangen und Diktum in der Frage der Arbeitszeit und den außerordentlich niedrigen Löhnen unter den Kollegen eine erbitterte Stimmung erzeugt, die bei der ersten besten Gelegenheit sich Luft machen wird. In der Zeit der größten Arbeitslosigkeit mußten an verschiedenen Orten sich die Steinarbeiter fügen, sie haben es getan unter dem Zwange der Not, aber fast allenthalben unter Protest und mit Hinweis: „Aufgeschoben ist nicht gleichbedeutend mit aufgehoben.“ Die Arbeitgeber in der deutschen Natursteinbranche bleiben immer dieselben, all die Vorkommnisse im wirtschaftlichen und politischen Leben haben anscheinend nicht vermocht, ihnen eine andre wie die vorkriegsgewohnte Bewertung der Arbeitskraft beizubringen. Jeder Pfennig Lohnaufbesserung muß ihnen abgetrotzt werden. Sie wollen ihre Betriebe nur aufrechterhalten auf Kosten der Lebenshaltung der von ihnen beschäftigten Arbeiter.

Wochenverdienste von 12—15 Mk. in den Steinbruchbezirken und von 18—21 Mk. für die Kollegen in den Großstädten sind der Durchschnitt nach der Stabilisierung der Währung. Daraus folgt, daß mit dem einsetzenden besseren Geschäftsgang der Kampf auf der ganzen Linie entbrennt. Die Organisationsarbeit hat allenthalben indes eingeleitet, leider hindert die unterschiedliche politische Einstellung dabei mehr, wie mancher Kollege sich bewußt ist, denn sie wirkt sich aus in den wirtschaftlichen Forderungen und Kämpfen der deutschen Arbeiter und diese Wirkungen bilden lediglich Chancen für die Unternehmer.

Die Einnahmen des Verbandes sind noch recht schmal. Um sie im Hinblick auf die bevorstehenden Kämpfe zu bessern, wurde auch das Obligatorium der Verbandszeitung aufgehoben. Die Kollegen müssen sie nun selbst abonnieren, sie können sich die Postgebühren auf den Wochenbeitrag verrechnen lassen, doch die Mehrzahl der Verbandsmitglieder verzichtet darauf im Hinblick auf den notwendigen Kampffonds. Vom 1. April 1924 erscheint die Zeitung wieder wöchentlich. Das erste Vierteljahr 1924 diente also mehr der Rüstung und dem Wiederaufbau sowie der Festigung der Organisation. Im zweiten Vierteljahr haben wir bereits eine Anzahl erfolgreicher Kämpfe hinter uns.

Italien. Das erste Quartal hat für unsern Verband mit erhöhten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung begonnen. In diesen drei Monaten wurden 8000 Kronen an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Lohnbewegungen wurden nur in vier Orten durchgeführt, wobei drei Lohnverträge abgeschlossen wurden. Außerdem besand sich der Verband im Zeichen der Lohnvertragsvorbereitungen für weitere vier Orte mit 400 Arbeitern. Auch in diesen Orten wird es zum Abschluß von Verträgen kommen.

Es wurden drei neue Ortsgruppen gegründet. Der Verband trifft Vorbereitungen zur Einführung des Generarbeitslosenunterstützungssystems. Nach diesem wird der Staat den gewerkschaftlichen Organisationen einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gewähren. Der staatliche Beitrag wird in derselben Höhe gehalten, wie die von der Organisation ausbezahlte Unterstützung. Den Steinarbeitern, welche sehr oft langandauernde Krankheiten durchmachen müssen und nach Erschöpfung der einjährigen Krankenunterstützung ganz mittellos dastehen, wird das in Vorbereitung befindliche Gesetz über Spezialversicherung bei der Invalidität sehr zugute kommen.

Im laufenden Jahr erscheint das Fachorgan „Ramenodelnit“ (Steinarbeiter) im 20. Jubiläumsjahr.

Niederland. Steinarbeiter. Die Stabilisierung der deutschen Mark hat einige Verbesserungen in der allgemeinen Geschäftslage der Steinindustrie gebracht. Dagegen das Fallen des belgischen Frank bedeutete wiederum eine Verschlimmerung. Die Marmorwaren werden bedeutend billiger aus Belgien bezogen, als die Produktionspreise im Lande sind, selbst da, wo das Rohmaterial direkt aus Italien bezogen wird.

Die Zustände in den verschiedenen Zahlungsmitteln haben einen lähmenden Einfluß auf die Tarifverhandlungen. Die Unternehmer hatten sogar Forderungen gestellt auf Lohnreduktionen von 8—12 Prozent und gelang es mit großer Mühe, diese auf 3 und 6 Prozent zu erniedrigen.

Steinarbeiter. Der sehr strenge Winter brachte eine große Arbeitslosigkeit mit sich, sowie große Beanspruchung der Arbeitslosenunterstützung. Da dann die Regierung die versprochene Beisteuer nicht vorstreckte, mußten die Unterstützungsstellen, als auch die Verbandskasse vollauf geleert werden. Diese Situation wurde von den Unternehmern für Lohnreduktionen und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse ausgenutzt. Die traurige Lage, in der sich ein großer Teil der Mitglieder befand, zwang diese, auf solche Lohnverminderungen einzutreten. Da zudem noch die Verbände der Staatsbeamten eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht abwehrten, gerieten wir erst recht in eine verzwickte Lage.

Immerhin hat die Organisation nach bester Möglichkeit eingegriffen zur Abwehr und ist uns dies bereits überall auch gelungen. Dies rief wieder ein Steigen der Mitgliederzahl nach sich. In verschiedenen Orten zwangen wir auch die Unternehmer zu Lohnverhandlungen. Die Mitgliederzahl stieg im Quartal um volle 20 Prozent.

Schweiz. In das erste Quartal fällt die Volksabstimmung über die 48-Stundenwoche. In glänzender Weise konnte der Ansturm der Reaktion abgewiesen werden. Obwohl die Behörden in weitestgehendem Maße diesen Volkswillen durch Bewilligung vorübergehender Arbeitszeitverlängerung, scheint doch, daß die Unternehmer der Steinbranche den Mut nicht abbringen, ein gleiches Manöver zu wagen. Dafür kommen die Behörden anderweitig entgegen, indem sie soviel wie möglich Arbeitswillige vom Ausland kommen lassen. Leider vergessen diese Zureisenden überall da, wo die Organisation nicht festen Fuß gefaßt hat, ihre Pflichten im Ausland und die Folgen sind gewöhnlich eigene Verschleierung und Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Der Index hat in diesem Quartal wieder etwas angezogen, weshalb sich auch allgemein Bestrebungen nach Lohnerhöhungen be-

merkbar machten. Von den Marmorarbeitern wurde der bestehende Landesvertrag gekündigt, die Meisterverbände konnten sich bis Ende des Quartals nicht zu einer Verständigung herbeilassen. In den Orten Kreuzlingen und Riehen, hart an der Grenze, lassen die Unternehmer fertig gestockte oder gekürzte Granitdenkmäler aus Deutschland kommen, die Preisdifferenz ist eine erhebliche. Da die Betriebe direkt an der Grenze sind, glaubten sie lange Zeit, die deutschen Arbeiter als Lohndrücker benutzen zu können.

Bei den Steinhauern war die Konjunktur auf Grund der Kälte noch etwas flau, weshalb erst gegen Ende des Quartals sich Bewegungen bemerkbar machten. In Bern hatten die Unternehmer den Vertrag gekündigt.

Die Steinarbeiter in Bern und Zürich stellten ebenfalls Forderungen auf Lohnerhöhung.

Aus Argentinien. Seit einigen Monaten sind die Steinhauer und Steinbrecher in Buenos Aires im Kampfe. Den Unternehmern ist es unmöglich, rohe Haufsteine aus den Brüchen zu erhalten, weil dort die Steinbrecher sich ebenfalls solidarisch erklärt haben. Nunmehr beabsichtigen sie, das Material aus Europa, speziell Schweden und Norwegen, zu beziehen.

Der Grund des Streiks liegt nicht nur in der Forderung nach Lohnerhöhung, sondern noch mehr in der Beibehaltung des Kontrollrechtes gegenüber den Steinarbeitern und Festhalten am Arbeitsnachweis.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unre Lohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und Steinarbeit): Im gesamten schlesischen Saarländchen; in Koblenz und Mainz (Steinmehlen); in Berlin bei der Firma Wolff, Alabasterarbeiter ausgeperrt.

Gesperri: In Niederlamich (Oberfranken) der Schleifereibetrieb von Reul. In Detmold der Steinbruchbetrieb Carl Meier u. Sohn.

Zuzug ist fernzuhalten: Außer den Orten unter Streik und Sperre von den Steinbrüchen bei Bochum, von Frankfurt am Main (Steinarbeiter aller Branchen).

Erledigte Kämpfe: Der Streik im Straßenbaugewerbe in Leipzig. (Siehe Bericht.)

Die Arbeitsangebote im „Steinarbeiter.“ Die Schriftleitung übernimmt für die Arbeitsanzeigen im Steinarbeiter keine Gewähr. Das heißt, wenn dem arbeitssuchenden Kollegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei diesem oder jenem Arbeitgeber, der im „Steinarbeiter“ Arbeitskräfte sucht, nicht zulaufen, kann die Schriftleitung dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Es war früher und bleibt immer noch Pflicht der Arbeitssuchenden, sich um die Betriebs- und örtlichen Verhältnisse selbst zu kümmern. Doch abgesehen davon, sollte man annehmen, rein praktisch gesehen, daß ein Arbeitgeber, der im „Steinarbeiter“ Arbeitskräfte sucht, in seinem Betrieb keine wilden Arbeitsbedingungen duldet, dagegen tariflich geregelte Arbeitsbedingungen anerkennt und sie unter allen Umständen auch beachtet. In der Regel ist es wohl auch so. Diese Regel schließt aber nicht aus, daß manchmal auch das Gegenteil festzustellen ist. Hier haben nun die Kollegen leicht die Möglichkeit, die Schriftleitung sofort zu unterrichten, damit Anzeigen von solchen Arbeitgebern fernerhin mit berechtigter Begründung zurückgewiesen werden können. Bei der Benachrichtigung der Schriftleitung muß natürlich als Begründung alles rein persönliche, was der Kollege mit seinen Arbeitskollegen, dem Werk- oder Bruchmeister oder dem Polier, oder dem Arbeitgeber selbst hatte, ausgeschaltet werden. Nicht selten haben wir schon die Feststellung machen können, daß ein Arbeitsverhältnis längere Zeit beiderseits durchaus befriedigte und auf einmal stimmlos nach keiner Seite mehr. In den meisten Fällen spielen dann rein persönliche Vorkommnisse in dieser Verstimmung eine gewisse Rolle; Vorkommnisse, die mit Lohnzahlung, Arbeitszeit, wie überhaupt mit gewerkschaftlichen Dingen nicht das geringste zu tun haben. Wir wollen damit sagen: Kein persönliche Angelegenheiten als Ursache vom „Nichtmehrverstehen“ im Arbeitsverhältnis, dürfen von einem aufrechten Kollegen nicht benutzt werden, um ein künftiges Arbeitsgeheim im „Steinarbeiter“ zu verhindern.

Wirkliche Mißstände, brutale Behandlung, elende Pfennigjucherei und Untreue, aufgeblasenes Herrcentum usw. wird stets als Begründung gelten, um andere Kollegen vor Enttäuschungen und Schäden zu bewahren. In solchen Fällen ist es sogar heilige Pflicht der Schriftleitung, einen Kiesel vorzuschleichen, damit solche Arbeitgeber ihre Arbeitsangebote insoweit anbringen, nur nicht im „Steinarbeiter“. Daran mitarbeiten sollte kein Steinarbeiter und kein Steinarbeiter und Pflegerer verüben, der nach altem Brauch auf Schusters Rappen die deutschen Gauen durchquert.

Vom Wuchter. Der alte berufliche Ausdruck von außerordentlicher Anstrengung bei Affordarbeit heißt: Wuchter! Durch dies eine Wort wird das Verhalten des Affordarbeiters gekennzeichnet, der fortwährend „mit der Nase“ auf der Arbeit liegt. Als „Wuchter“ gilt gemeinlich der Arbeitskollege, der weiter kein Bestreben zeigt, wie nur recht schnell wieder an sein Arbeitsfeld zu kommen, der in den kurzen Arbeitspausen am liebsten durcharbeiten möchte; der sich innerlich verzehrt vor Arbeitsmut, der sogar Sonntags, wenn andere die freie Zeit genießen, in Gedanken schon wieder bei der Arbeit ist; der nicht aufzublicken wagt von der Arbeit, und wenn Pause oder Feierabend angeflüstert wird, immer noch ein paar Handgriffe unbedingt machen muß. Dagegen am zahltag befriedigt ist, wenn er von allen andern Kollegen den höheren Verdienst erzielt hat.

So wie es im Kriegsdienst bei jeder Gelegenheit „Kaffee“ gab, gab es auch Kaffee in der Nachkriegszeit, daß waren vor allem solche, die unbedingt Vorrat haben mußten, die in ständiger Angst des Hungertodes lebten. Kaffee gab und gibt es auf allen Gebieten und in jeder Lebenslage. Der Egoismus des Einzelmenschen ist dafür der Nährboden. Uechnliche Kaffee gibt es natürlich auch im Arbeitsverhältnis, besonders in den Betrieben, wo die Affordarbeit noch vorherrscht. Im beruflichen Sprachgebrauch der Steinarbeiter nennt man sie jedoch Wuchter. Die Wuchter-Methoden um berufliche Ueber-Arbeitsleistung zu vollbringen, hat natürlich auch bedenkliche Schattenseiten, die sich fast ausnahmslos für eine ganze Berufsgruppe schädlich auswirken. Man denke nur in diesem Zusammenhang an die Lohnverhandlungen und an die Tarifberatungen, in denen mit den Geldverdiensten der Wuchter, von den Arbeitgebern und ihren Syndikalisten nur so jongliert wird.

Die Zahl der Wuchter ist aus ganz natürlichen Gründen nicht mehr so groß wie in früheren Jahren, aber ihr Einfluß auf die Lohnbemessung ist immerhin noch sehr stark, und letzten Endes verkleinern die Wuchter selbst ihr eigenes Einkommen, nachdem sie vorher durch ihre Kaffee-Arbeit dazu beigetragen haben, der Mehrzahl der andern Arbeitskollegen mit ihren Familien den Brotkorb tiefer zu drücken! Erst wenn solche Wuchter verbraucht sind, kommen sie zur Selbstbeurteilung, und gar manchen starken Affordarbeiter haben wir im Laufe der Jahre kennen gelernt, der bitter bereute, fortwährend „mit der Nase“ auf der Arbeit gelegen zu haben. Unfres Wissen hat es in der Steinindustrie auch noch keinen Arbeitgeber gegeben, der den verbrauchten Wuchtern dann etwa leichtere Arbeit mit demselben höheren Verdienst überwiegen hätte. Im Gegenteil, nicht selten Hohn und Spott dazu, und wohl in allen Fällen kommt dann das Sprichwort vom Rohr, der seine Schuldigkeit getan hat, in Anwendung. Jeder ältere, in Beruf erfahrene Kollege kennt diesen Wegwegang; das Geschilderte wird ihm nichts Neues sagen, denn es ist ein sich immer erneut wiederholender Vorgang in den Betrieben, eine Art Kreislauf im Kommen und Gehen der Arbeitskollegen. In der Hauptsache ist dies eine der unangenehmsten Begleiterscheinungen der Affordarbeit, und dann un-

bern sich noch die Arbeitgeber wegen der Abneigung gegen die Affordarbeit!

Jeder Kollege weiß, daß mit Vorstehendem nicht die Schaffenslust und die Freude an dem werdenden Arbeitsstück untergraben werden soll. Denn zweifellos gibt es Arbeiten, an denen man mit dem ganzen Ich beteiligt ist. Auch soll etwa nicht in der Affordarbeit eine Art passive Resistenz geübt werden, um die Unhaltbarkeit der Affordarbeit zu beweisen. Solches zu empfehlen oder gar aus unserer Darlegung herauszulesen, wäre unsinnig. Jeder praktische Steinarbeiter und praktische Unternehmer, der von der Pike auf „gedient“ hat, weiß, daß in der Arbeitsgeschicklichkeit, ganz besonders in der Steinbearbeitung, ein großer Unterschied besteht. Dem einen gelingt spielend die exakte und sauberste Bearbeitung in verhältnismäßig kurzer Zeit, was einem andern bei größter Anstrengung und längerer Arbeitsdauer nicht gelingt. Das wird immer so bleiben, ohne damit den minder Geschickten als minderleistungsfähigen Arbeiter hinstellen zu dürfen. Ein geschickter Arbeiter, der alle Vorteile dazu noch auszunutzen versteht, dem alles spielend gelingt, ist bei Affordarbeit durchaus noch kein Wächter, und braucht es nicht zu sein. Wir werden uns nur energisch dagegen, wenn die Kasser in der Affordarbeit als Maßstab gelten bei der Beurteilung von Wochenverdiensten, oder gar deren Arbeitswert als Maßstab angelegt wird bei der Lohnfestsetzung im Affordtarif.

Wir wissen von vornherein, daß einzelne Arbeitgeber auf das Vorstehende mit dem Finger zeigen, aber das soll uns nicht hindern, den Wächtern zu sagen, was ihnen immer wieder vor Augen gehalten werden muß: **Wer mit seiner Arbeitskraft Kaubau treiben will, mag es tun, wo er allein tätig ist. Wer aber in größeren Betrieben tätig ist, hat als Kollege Rücksicht zu nehmen auf seine Mitarbeiter!** Die Lohnbemessung und die Festsetzung der Affordberechnung kann und darf nicht nach dem einzelnen starken Arbeiter erfolgen, sondern nach der Durchschnittsleistung. Wer von den Arbeitskollegen das einfache Gebot der Kollegialität nicht beachtet, ist ohne weiteres ein Schädling seiner Berufsgenossen und muß dementsprechend eingeschätzt und behandelt werden.

Steinarbeiter.

Der Streit in den Crammendorfer Quarzschieferbrüchen ist mit teilweisem Erfolg beendet. Der Kampf wurde von den daran beteiligten Kollegen in vorbildlicher Weise geführt. Die während des Kampfes erneut einsetzende Krise im polnischen und deutsch-oberhessischen Industriegebiet, das als Hauptabsetzgebiet für die Produktion in Quarzschiefer in Betracht kommt, zwang die Kollegen, trotz des ungenügenden Entgegenkommens der Arbeitgeber, den Kampf zu beenden. Die bis zum Schluß gezeigte Geschlossenheit der Kollegen, sowie deren einmütige Beurteilung der Aufgaben für die nächste Zukunft, wird auch den Firmen die Einsicht aufzwingen, daß das gezeigte Entgegenkommen ungenügend ist und erweitert werden muß, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse sich wieder bessern. — Ein einstimmig auf den Zentralverband der Steinarbeiter ausgedrucktes Hoch beendete die Streikabschlussversammlung. Wo dieser Geist vorhanden ist, können und werden auch alle Zukunftsaufgaben bestimmt erfüllt werden. — Bei dieser Gelegenheit danken wir allen Zahlstellen und Kollegen, die den kämpfenden während der langen Dauer des Streiks mit Unterstützungen beigegeben sind und damit ein wahres Zeichen von echter Solidarität gegeben haben. Manche große Not ist mit diesen Beträgen gelindert worden.

Die Streikleitung. J. A. E. Senft.

Berlin. Der Neuabschluss des Tarifes für die Werkzeingruppe zeitigte folgendes Resultat: Die Arbeitszeit beträgt auf dem Werkplatz pro Tag 8 Stunden, am Bau ist die Arbeitszeit der Maurer einzuhalten, jedoch nicht über 8 Stunden pro Tag. Wenn in Ausnahmefällen Ueberstunden geleistet werden müssen, wird wie bisher ein Zuschlag von 30 Proz. gezahlt. Aufarbeiten alter Treppenstufen, Granit, Sandstein und Kunststein in geschlossenen Räumen wird mit 5 Proz. Zuschlag als Staubzulage belegt. Sämtliche Arbeiten werden nur in Stundenlohn ausgeführt, der Stundenlohn beträgt ab 2. Juli bis 13. August für Steinmehrer 98 Pfg., für Hilfsarbeiter 71 und 74 Pfg., ab 14. August bis 30. September für Steinmehrer 1 M., Hilfsarbeiter 72 und 75 Pfg. Alle andern Bestimmungen sind wie im alten Tarifvertrag geblieben.

Weihenfels. In der zuletzt abgehaltenen Versammlung, die überaus schlecht besucht war, wurde von den Kollegen, die Interesselosigkeit unserer Nachkollegen, die es nicht mehr für notwendig erachten, sich auch nur einmal in der Versammlung sehen zu lassen, gehörig unter die Lupe genommen. Es mußten sogar, so beschämend es für die Betroffenen sein mußte, drei Verbandsangehörige, darunter der Steinhilfsarbeiter Ernst Göhle, der, trotzdem er regelmäßig fassiert wurde, immer Ausflüchte hatte, gestrichen werden. Scharf verurteilt und gerügt wurde das Verhalten der zwei Kollegen, die bei Schlehan, Inhaber Sack, beschäftigt sind, 9 Stunden in die Luft und dafür, trotzdem tarifmäßig 68 Pfg. festgesetzt sind, sich mit 1 Pfg. pro Stunde weniger begnügen. Nun, auch bei diesen kommt einmal die Besinnung. Daß einige Kollegen der Steinhilfsarbeiter, die in München Arbeit erhalten haben, es nicht für notwendig hielten, sich ordnungsgemäß abzumelden zeigt, daß wir noch recht viel Schulen und Disziplinieren müssen, um dann sagen zu können, daß wir gute Gewerkschafter sind. Ober sind die zur Zeit bestehenden Verhältnisse für die Arbeiter so rosig, um alles über Bord zu werfen? Nein! Sondern halten wir fest zu unserer Organisation, dann, aber auch nur dann, werden wieder bessere Zeiten über uns kommen.

Steinsetzer und Pflasterer.

Der Steinsetzereinstreit in Leipzig beendet! Nach nahezu siebenwöchiger Dauer ist der Streit im Leipziger Steinsetzergewerbe beendet worden. Die Arbeitsaufnahme erfolgte am 18. Juli. Zurückerblickend über diese Bewegung sei bemerkt, daß es sich bei diesem Kampfe in der Hauptsache darum drehte, der Großstadt Leipzig die gleichen Lohnsätze zu sichern, wie sie in den andern sächsischen Bezirken bestanden. Leipzig hatte den zweifelhaften Ruhm, die niedrigsten Steinsetzerlöhne von ganz Sachsen zu haben. Während schon im Juni in dem Bezirke Chemnitz ein Stundenlohn von 1.09 M., in Plauen-Zwickau 95 Pfg., in Dresden 90 Pfg. mit den Arbeitgebern vereinbart worden waren, beharrten die Leipziger Unternehmer auf einen Stundenlohn von 80 Pfg., obwohl die andern Bezirke wirtschaftlich sich in nichts von der Struktur Leipzigs unterscheiden. Am 4. Juni traten die Kollegen einmütig und geschlossen in den Streit. Am 18. Juni fand eine Verhandlung der Parteien vor dem Schlichtungsausschuß statt, die mit einem Schiedsspruch endete, der den Lohn auf 85 Pfg. für Steinsetzer festlegte. Dieser Schiedsspruch wurde von den Streikenden abgelehnt, von den Arbeitgebern aber angenommen und die Verbindlichkeitserklärung von ihnen bei dem Schlichter beantragt. Die Verbindlichkeitserklärung wurde vom Schlichter nicht ausgesprochen und darauf fanden am 16. Juli erneut Verhandlungen der Parteien statt, die zu einer Einigung führten. Als Steinsetzerlohn für den Monat Juli wurden 90 Pfg. und für August 95 Pfg. festgelegt. Die Löhne der Steinsetzergewerkschaft bewegen sich mit 3 Pfg. über den Bauarbeiterlöhnen und für die Erdarbeiter werden die Bauarbeiterlöhne gezahlt. Eine am 17. Juli von allen streikenden Kollegen besuchte Versammlung nahm zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung und nahm die vereinbarten Lohnsätze an. Damit wurde ein von beiden Seiten scharf geführter Lohnkampf zum Abschluß gebracht. Große Opfer haben die streikenden Kollegen auf sich genommen, aber durch die Solidarität der in Arbeit stehenden Leipziger Kollegen und in besonderer Maße durch die Opferbereitschaft der Kollegen einer Reihe Zahlstellen wurde ihnen die Durchführung des Kampfes außerordentlich erleichtert. Allen Kollegen, die die Streikenden unterstützen, sei an dieser Stelle der Dank ausgesprochen!

Eberswalde. Am 12. Juli fand hier eine Berufsbesprechung statt. Nachdem Kollege B. Schenke über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingehend berichtete, wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Organisation unter allen Umständen hochzuhalten.

Zum Vorsitzenden der wieder errichteten Zahlstelle wurde Kollege Otto Kistow, Töpferstraße 2, als Kassierer Kollege Albert Marx, Georgstraße 3, gewählt. Zu dem am Sonntag, dem 13. Juli, in Freienwalde a. O. stattfindenden Lohnverhandlung wird der Kollege Albert Marx als Vertreter der Zahlstelle Eberswalde teilnehmen. — Kollegen! Nun liegt es an uns, die Zahlstelle so kampffähig auszubauen, wie es in den früheren Jahren bei uns der Fall gewesen ist. Erscheint alle pünktlich und zahlreich in unserer nächsten Versammlung, die am Sonntag, dem 27. Juli, bei Haag, Gerichtsstraße, stattfindet.

Freienwalde a. O. Am 13. Juli fanden hier Lohnverhandlungen statt. Kollege Schenke erörtere die Entwicklung der Lohnverhältnisse und begründete unsere Forderung von 87 Pfg. Stundenlohn für Steinsetzer und Steinhauer, 78 Pfg. für Hammer, 63 Pfg. für Hilfsarbeiter, zuzüglich 4 Prozent als Beitrag zur Wohlfahrtskasse. Die Arbeitgeber sträubten sich, diese Lohnhöhe zu bewilligen, da im Baugewerbe weit niedrigere Löhne gezahlt und von denen die weniger schwierigen Steinsetzearbeiten fertiggestellt werden. Die Kollegen Schenke, Heene und Jordan traten dem entgegen. Nach langen Verhandlungen wurde der geforderte Lohn und eine einmalige Entschädigung von 6 M. für alle in Betracht kommenden Arbeitnehmer bewilligt. In der darauffolgenden Mitgliederversammlung wurde dieses Verhandlungsergebnis nach einem Bericht des Gauleiters Schenke einstimmig anerkannt. Dann wurde zur Ergänzungswahl Kollege Gustav Kirchner, Freienwalde a. O., Brunnenstr. 1, als erster Vorsitzender gewählt und ferner beschlossen, daß jedes Mitglied das Jahrgangsabonnieren soll. Dem Kollegen Runze wurde von jedem Mitglied der Preis dafür im Voraus bezahlt; er wird die Bestellung bei der Post sofort ausführen. Kollege Schenke ermahnte die Kollegen, Solidarität zu üben und nach bestem Können auf der Arbeitsstelle wie in der Familie für die moderne Arbeiterbewegung zu werben. Darauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Rundschau.

Wirtschaft und Arbeit. Entwicklung der deutschen Konsumvereine. Dem Jahresbericht des Zentralverbandes der Konsumvereine zufolge gab es im Jahre 1923 1275 Konsumgenossenschaften mit 8495 Verkaufsstellen, die dem Zentralverbande angeschlossen waren. Die Zahl der Mitgliederfamilien der Konsumgenossenschaften betrug 3 571 286. Bei den Konsumgenossenschaften waren 44 503 Angestellte beschäftigt. Nach Aufhören der Inflation war ein Abbau der Angestellten auch bei den Konsumgenossenschaften nicht zu umgehen.

Eine Konferenz zur Werkspolitik wurde kürzlich in Frankfurt abgehalten. Den Hauptvortrag hielt der Gießener Universitätsprofessor Horneffer über die „Sozialpolitische Bedeutung der Werksgemeinschaft“. Er sprach über die Wichtigkeit der Persönlichkeit und der Individualwirtschaft, woraus sich der Schluß ergibt, daß die Verantwortlichkeit für die einzelnen vom Betrieb übernommen werden soll. So hält er es für unrichtig, daß der Staat Altersrenten verteilt. Altersrenten sollten nur von den Betrieben ihren im Betriebe altgewordenen und mit dem Betriebe verwachsenen Arbeitern gewährt werden. Eine Kritik dieses Vorschlages, der von den Eigentümlichkeiten der kapitalistischen Produktion keine Ahnung hat, erübrigt sich. Er zeugt von einem nicht gewöhnlichen Maß von Weltfremdheit.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Kalkbeton im Hochbau. Ein Wegweiser. Verlag des Vereins Deutscher Kalkwerke E. B. Berlin W. 62. Stielganzstr. 7. Preis 30 Pfg., Verlagskosten 5 Pfg. — Auf 8 Seiten ist in knapper Form das Wichtigste über den Kalkbetonhochbau zusammengefaßt. Begriffserklärung, Verwendung des Kalkbetons im Hochbau, die einzelnen Bestandteile, die Mischungsverhältnisse, wie die Kalkarten, das Kalkflößen und die Herstellung des Baues sind in kurzen Zügen erläutert.

Kalkbeton im Tiefbau. Ein Wegweiser aus demselben Verlag wie vorhergehend. Preis 40 Pfg., Verlagskosten 5 Pfg. — Das Heft ist etwas eingehender gehalten als der im gleichen Verlag erschienene Wegweiser „Kalkbeton im Hochbau“. Die einzelnen Bestandteile des Kalkbetons sind näher erläutert, und die Anwendungsgebiete im Tief- und Ingenieurbau allgemein behandelt. Die Verarbeitung ist besprochen und eine Anzahl der Praxis entnommener Mischungsverhältnisse angegeben. Am Schluß sind die Begriffs-erklärungen der verschiedenen Kalkarten gegeben und ihre Eigenschaften erläutert. Eine übersichtliche Kalktafel ist beigelegt, sowie schließlich das Löschverfahren kurz beschrieben. Beide Schriften sind für jeden Baubefehlenden von Nutzen und können zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung (Neue Folge). Unter diesem Titel gibt die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene in Verbindung mit dem Frankfurter Institut für Gewerbehygiene und in Fortführung des früheren „Zentralblattes für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“ eine Zeitschrift heraus, deren erstes Heft Mitte Juli vorliegt. Die Zeitschrift wendet sich an alle an Gewerbehygiene und Unfallverhütungsmassnahmen interessierten Kreise und wird besondere Rücksicht auf die Wünsche und Bedürfnisse der Praxis nehmen. Die Zeitschrift wird im Auftrage der Gesellschaft herausgegeben von den Herren: Professor Dr. Chajes, Berlin, Professor Dr. Curschmann, Wolfen, Ministerialdirektor Wirkl. Geh. Ober-Medizinalrat Professor Dr. Dietrich, Berlin, Dr. Eger, Frankfurt a. M., Regierungsrat Dr. Engel, Berlin, Senatspräsident Geh. Regierungsrat Dr. Fischer, Berlin, Gustav Haupt, Hannover, Ministerialrat Dr. Koeslch, München, Geh. Hofrat Professor Dr. Lehmann, Würzburg, Ministerialrat a. D. Geh. Oberregierungsrat Dr. Lehmann, Berlin, Ministerialrat Geh. Regierungsrat Simon, Berlin. — Die engere Fachredaktion liegt in den Händen der Herren Professor Dr. Curschmann, Wolfen, Kreis Bitterfeld (für den medizinischen Teil), Senatspräsident Geh. Regierungsrat Dr. Fischer, Berlin W. 10, Königin-Augusta-Straße 6 (für den technischen Teil) und Ministerialrat a. D. Geheimrat Dr. Lehmann, Berlin (für allgemeine Angelegenheiten bzw. solche nicht ausgesprochen medizinischen oder technischen Inhalts), an welche alle redaktionellen Zuschriften zu richten sind; bei Herrn Geheimrat Dr. Lehmann durch Vermittlung der Geschäftsstelle der Gesellschaft. Die Zeitschrift erscheint im „Verlag Chemie“, G. m. b. H., Leipzig, Poststraße 2 (Bankkonto: Dresdner Bank, Dep.-Kasse C., Leipzig-K., Dresdner Straße; Postcheckkonto: Leipzig Nr. 55 018). Sämtliche Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Der Abonnementspreis beträgt für die monatlich erscheinende Zeitschrift jährlich für Mitglieder der Gesellschaft 6 M., für Nichtmitglieder 9 M. Für den ersten Jahrgang, der nur sechs Nummern umfaßt, beträgt der Abonnementspreis 3 M. bzw. 4.50 M. Korporative Mitglieder der Gesellschaft haben das Recht, zu dem für Mitglieder festgesetzten Bezugspreis Sammelbestellungen aufzugeben. Zu weiteren Auskünften ist die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Frankfurt am Main, Viktoria-Allee 9, jederzeit bereit. (Der Zentralverband der Steinarbeiter ist korporatives Mitglied der Gesellschaft.)

Wir wollen werben, wir wollen wecken. Gedichte von Ludwig Lessen, Berlin. Kartoniert 35 Pfg., in Halbheften 70 Pfg. Eine neue kleine Gedichtsammlung von Ludwig Lessen ist im Arbeiterjugend-Verlag erschienen. Es sind Strophen, die sich fast durchweg im Gedanken- und Gefühlskreis jugendlicher Arbeiter bewegen: Stimmungen, Kampfrufe, Aussprüche. Mit wenigen, sicheren Strichen zeichnet er den Alltag des jugendlichen Arbeiters, füllt er sein Hoffen und Sehnen mit leuchtenden Farben. Nicht nur den Jungen, sondern auch den Alten wird deshalb sein Buch eine willkommene Gabe. — zumal sich vieles aus seinem Inhalt vorzüglich zum Rezitieren eignet.

Das neue Volksbuch der Elektrizität und des Magnetismus. Eine moderne, praktische und gründliche Darstellung für Schule und Haus von Hugo Köstler. Zweite verbesserte Auflage. Mit einer Tafel und 114 Textabbildungen 5 M., in Ganzleinenband 6.50 M. Zu beziehen durch die Dietrichsche Verlagsbuchhandlung in Leipzig. Das wirklich praktische Buch bedarf keiner besonderen Empfehlung. Heute, wo die Anwendung von Elektrizität bis in den einfachsten Haushalt immer mehr Eingang findet, ist das Verlangen zum Unterrichtsleiter über die Anlage selbst allgemein stark vorhanden, ebenso stark ist der Wunsch über den Zusammenhang etwa entstehender Widerwertigkeiten genau Kenntnis zu haben. Das genannte Buch erfüllt diese Aufgabe; denn das gewaltige, tief in unser Wirtschaftsleben einschneidende Gebiet der Elektrizität, des Magnetismus und des Radiowesens wird in der Schrift in volkstümlicher und dennoch auch den Anforderungen der Wissenschaft standhaltender Weise dargestellt. Zahlreiche muster-gültige Abbildungen und zwei Karten tragen zur Ergänzung des im Texte ausgeführten wesentlich bei, so daß das Köstler'sche Buch den Ehrentitel eines Volksbuches mit vollem Recht verdient. Sowohl der Fachmann als auch der Laie, jeder Monteur, Schlosser und Feinmechaniker, jeder einer Ueberlandzentrale angeschlossene Landmann, kurz jeder, der sich die Elektrizität in Form von Licht, Kraft oder Wärme als Starke- oder Schwachstrom dienstbar macht; wird das Köstler'sche Volksbuch, das die neuesten Erfindungen in Wissenschaft und Technik berücksichtigt und auch brennende Tagesfragen, wie das Radiowesen, das Walchenseewerk, das Sachsenwerk usw. gewissenhaft behandelt, mit volstem Verständnis und größtem Nutzen lesen und zu Rate ziehen.

Der Firm. Heft 2 vom 12. Juli 1924. Wir weisen nochmals darauf hin, daß diese Zeitschrift umgestellt ist und nach den bisher vorliegenden zwei Heften, was bereits angekündigt wurde. — Die Schriftleitung des „Firm“, die Fritz Ebert jr. übernommen, veranstaltet allmonatlich ein Preisausschreiben für Arbeiter und Angestellte, für die beste Arbeit über eine bestimmte Frage, um den nichtberufsmäßigen Schriftstellern Anregung und Förderung bei ihrem Bestreben, der Bewegung zu dienen, angedeihen zu lassen. Jedesmal werden fünf Preise im Werte von 10 bis 60 M. gewährt. Die Juli-Arbeit soll die Frage behandeln: „Warum bin ich Sozialist?“ Alles Nähere ist aus dem „Firm“ zu ersehen, der in allen Parteibuchhandlungen erhältlich ist, aber auch beim Briefträger (vierteljährlich 13 Hefte 2.50 M.) bestellt werden kann. Probehefte kostenfrei durch den Verlag „Der Firm“, Berlin W. 35, Karlsbad 4.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Zahlstellenkassierer müssen bei den Einsendungen an die Zentralstelle, in den es sich um „Uebertritte“ oder Umschreibungen aus andern Verbänden handelt, darauf achten, daß von dem andern Verband stets die Abmeldung in umschreibenden früheren Mitgliedsbuch vermerkt ist. Auch soll die Woche des Eintritts immer genau angegeben werden, sonst haben die Ortskassierer mit dem Kleben der wöchentlichen Beitragsmarken nur Unangenehmes.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Köln. Die Gauleitung beabsichtigt, mit dem Rheinisch-Westfälischen Studgewerbeverband e. V., Düsseldorf, einen Bezirksarbeitsvertrag für Rheinland-Westfalen zu schaffen. Der Unterzeichnete erucht daher alle in Frage kommenden Zahlstellen des 5. Gau, sich umgehend zu diesem Vorhaben zu äußern und evtl. mit Vorschlägen zu kommen.

Die Gauleitung. J. A.: Jaf. Braun.

Adressenänderungen.

- 3. Gau Froburg. Vorj. und Kass.: Walter Frenzel, Greifenhai 1 Straße 34a
- 6. Gau Freiburg (Baden). Vorj.: Karl Köstel, Klarastraße 32 I. Kass.: Anselm Pieper, Friedhofstraße 3

Briefkasten.

R. F. II. Zu beziehen durch Verlag: „Der deutsche Steinbildhauer“, München NW 12, Amalienstraße 2. Preis der betreffenden Schriften mir nicht bekannt.

Ausland. Für einen ledigen Schiefer, der perfekt Marmor und Granit bearbeitet, kann eine Stellung nachgewiesen werden durch die Schriftleitung des Steinarbeiters. Angebot bis 28. Juli, spätere sind zwecklos.

Schriftführer. Berichte nicht auf beiden Seiten des Manuskripts beschreiben. Immer mit Tinte, kein Bleistift oder Lintenschift, und die Reihen nicht zu eng. Personennamen immer recht deutlich.

Maroldsweisach, FdL. Sobald jemand in die Gegend kommt, wird das Verlangen erfüllt, nur können wegen einer Versammlung die entstehenden Kosten nicht verantwortet werden.

Anzeigen

Tüchtige Steinmetzen
für Oberkirchener Sandstein sofort gesucht
Schmidt & Schäfer
Stein- und Bildhauerei, Bremen, Düsternstr. 113

Teilzahlungen
gestatte in wöchentlichen Raten von 2-3 Mk. bei Bezug meiner Arbeitsnoten. Bestellung erbitte durch Ihre Zahlstelle. Bundweite und Schriftlänge genügt.

Manschester, Ia Qualität	13.00 Mk.
Tuchleder, Ia, tiefschwarz	8.20 Mk.
Pilot	6.50 Mk.

Lieferung franko!
W. Mübner, Anfertigung v. Arbeitsgarderobe, Niederoderwitz

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt werden.

In Bayreuth am 21. Juni der Pflasterer Adam Gutemann, 53 Jahre alt, Lungenleiden.

In Bremen am 6. Juli der Steinsetzer Wilh. Budde, 23 Jahre alt, Lungenkrank.

In Niederlinda am 8. Juli der Pflastersteinmacher Hermann Mezner, 58 Jahre alt, Kehlkopfkrankung.

In Großlattengrün am 16. Juli der Hilfsarbeiter Georg Kreuter, 57 Jahre alt, Magengeschwür.

Chreihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.